

SP für Umzonung im Vogelsang

Winterthur: Die SP Winterthur begrüsst die geplante Umzonung im Vogelsang zur Erstellung von günstigem Wohnraum. Sie wird in der zuständigen Gemeinderatskommission zudem prüfen, ob den verschiedenen Interessen gebührend Rechnung getragen wurde. Ebenso wird sich die Partei für eine Abgabe des Landes im Baurecht anstelle eines Verkaufs einsetzen.

«Die Stadt Winterthur braucht genau solche Projekte, welche zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum generieren», freut sich SP-Präsident Christian Ulrich über das Projekt an der Unteren Vogelsangstrasse. Das Projekt zeige schön, wie sich Stadt und Wohnbau-Genossenschaften ergänzen können, wie dies die von der SP, den Grünen und der EVP lancierte Wohnbau-Initiative ebenfalls vorsehe.

Die SP ist sich indes bewusst, dass mit der Umzonung auch ein Eingriff ins bestehende Püntenareal verbunden ist. «In den kommenden Beratungen wollen wir deshalb von den Betroffenen erfahren, ob die vorgeschlagene Lösung ihre Interessen ausreichend berücksichtigt», hält SP-Fraktionspräsidentin Yvonne Beutler fest. Ebenso wird sich die SP in den Beratungen dafür einsetzen, dass das städtische Land nicht verkauft, sondern im Baurecht abgegeben wird. «Nur mit der Abgabe im Baurecht kann sich die Stadt einen langfristigen Einfluss auf die Nutzung sichern und sicherstellen, dass in dieser Überbauung bezahlbare Wohnungen angeboten werden», ist Yvonne Beutler überzeugt. *pd.*

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» wird Politikerinnen und Politikern sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region die Möglichkeit geboten, sich nach vorheriger Absprache mit der Redaktion zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen.

Dieses politische Schaufenster soll die Vielfältigkeit des politischen Wirkens widerspiegeln. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um politische Positionierungen der Redaktion. *red.*

Weitere Informationen über Inhalte und Konditionen:
redaktion@stadi-online.ch oder
Telefon 052 266 99 80

«Angriff auf FDP war ein Fehler»

Der amtierende SVP-Fraktionschef Caspar Baader hatte bereits vor längerer Zeit den Rücktritt angekündigt. Er war rund zehn Jahre Fraktionschef. Vier Nationalräte bewerben sich um das Präsidium der SVP-Fraktion: Jürg Stahl (44, Brütten, 12 Jahre im NR), Adrian Amstutz (58, BE, 9 Jahre im NR, seit 2008 Vizepräsident SVP Schweiz), Pirmin Schwander (50, SZ, 8 Jahre im NR) und Luzi Stamm (59, AG, 21 Jahre im NR). Besonders nach den Bundesratswahlen waren in der SVP verschiedene Stimmen laut geworden, die eine Erneuerung der Parteispitze und eine breitere Machtverteilung forderten. Die Kritiker fehlen nun allerdings im Kandidaten-Karussell. Wie sieht der Brüttemer Jürg Stahl seine Chancen. Die Fraktion wählt am 21. Januar.

Würden Sie der geforderten «Erneuerung» in der Parteispitze gerecht werden?

Jürg Stahl: Die ganze Situation kann nicht auf Kritische und Unkritische reduziert werden. Die vier sich zur Verfügung stellenden Personen sind unterschiedlich genug, um der ganzen Fraktion eine Auswahl zu ermöglichen. Erneuerung und Verjüngung ist jetzt angebracht – nicht primär wegen dem letzten für die SVP schwierigen Quartal, sondern weil es zu Beginn der neuen Legislatur einfach der richtige Zeitpunkt ist. Denn man darf nicht vergessen, die SVP ist mit Abstand die stärkste politische Kraft in der Schweiz und hat ein gutes Parteiprogramm. Ein neuer Fraktionschef wird mit seinen Kompetenzen und seiner persönlichen Art auftreten, was automatisch auch zu einer anderen Wahrnehmung der Partei führt.

Sind Sie derzeit mit dem politischen Vorgehen der SVP-Parteispitze einverstanden?
Es sind viele Faktoren, die in den vergangenen Monaten schwierig für die Partei waren. Eine Partei oder Fraktion zu führen, ist nicht einfach. Individualisten und Persönlichkeiten zu einem erfolgreichen Team zusammenzuführen, bleibt die grosse Herausforderung, auch für mich. Schwierige Situationen zu meistern und wieder auf die Erfolgsstrasse zurückzukehren, ist doch etwas Bereicherndes! Über die zehnjährige Phase gesehen, hat auch vieles gut funktioniert – nur das Negative zu betrachten, ist nicht mein Ding. In der SVP-Fraktion hat es viel Potenzial, dieses gilt es nun besser zu nutzen.

Im Speziellen mit der Strategie um die Bundesratswahlen?

Eigentlich war es gar keine Überraschung, dass der SVP der zweite Bundesratsstz verwehrt wurde; die Konstellation war definitiv nicht zu unserem Vorteil. Das Parlament hatte nach den Abwah-

len von Bundesratsmitgliedern 2003 und 2007 nicht die Kraft, unsere geforderte Konkordanz wieder herzustellen. Aber es ist klar, dass wir auch Fehler gemacht haben – den Angriff auf die FDP erachte ich als einen davon! Aus meiner Sicht ist es jetzt wichtig, wieder mit den politischen Partnern ein positives Verhältnis zu pflegen, ohne in den Grundsätzen vom Parteiprogramm abzuweichen.

Hätten Sie einen anderen Weg bevorzugt?
Wie gesagt, der Angriff auf die FDP war chancen- und ziellos. Aber als stärkste Partei darf man doch für eine angemessene Vertretung in der Regierung kämpfen, das wird von unserer Basis auch erwartet.

Warum bewerben Sie sich für das Präsidium der SVP-Fraktion?

Nach bald 20-jähriger parlamentarischer Tätigkeit (7 Jahre in Winterthur und 12 Jahre im Nationalrat) will ich mehr Verantwortung übernehmen. Gerade weil die Situation schwieriger geworden ist, reizt mich diese Herausforderung umso mehr. Ich fühle mich als 44-jähriger und doch erfahrener Politiker fit und bereit, dieses schwierige Amt anzutreten.

Was haben Sie zu bieten, was die anderen drei Politiker nicht haben?

Ich habe eine Berufslehre als Drogist mit anschliessender höherer Fachschulbildung und Nachdiplomstudium absolviert, habe über neun Jahre als Inhaber einen KMU-Betrieb geführt und bin heute in einer operativen Direktionsfunktion tätig. Zudem war ich Präsident der Gesundheitskommission und habe für ein Jahr das Winterthurer Parlament präsidiert – meines Wissens zur Zufriedenheit der Beteiligten. Mein ehrenamtlicher Einsatz in verschiedenen Bereichen und Stufen des Sports gibt mir die Fähigkeit, grosse und heterogene Gruppen führen zu können. Zudem war ich

bereits einmal im Winterthurer Gemeinderat SVP-Fraktionschef.

Weshalb sollte die Fraktion Sie wählen?
Richtiges Alter, Erfahrung, sprachliche Fähigkeiten. Ich habe zwei Jahre in Neuchâtel gelebt und habe dort die höhere Schule in französischer Sprache absolviert. Zudem bin ich als Sportler fair, zielorientiert und leistungsfähig!

Amstutz politisiert im rechten Flügel der SVP und gilt als Blochers Mann in Bern. Ihm werden die besten Chancen nachgesagt. Sehen Sie das auch so?

Mit Adrian Amstutz habe ich Militärdienst geleistet, wir sind seit Langem befreundet; seine Chancen stehen gut, aber wenn die Fraktion eine Veränderung will, dann ist das Rennen wieder offen.

Auch der Schwyzer Pirmin Schwander politisiert am rechten Flügel und gilt als Hardliner. Wo stehen Sie?

Ich bin Jürg Stahl, verlässlich, kompetent und ein Teamplayer. Die SVP ist meine politische Heimat, da gibt es nichts zu rütteln. Aber ich kann auch Andersdenkenden zuhören.

Die parteiinternen Kritiker fehlen auf dem Kandidatenticket. Hegen Sie Sympathien zu den Kritikern und zu deren politischen Ideen?

Am 21. Januar geht es darum, mit welchem Präsidenten die Fraktion in die Zukunft geht – dieser muss einfach kritikfähig sein.

Wie würden Sie Partner und Verbündete schaffen, um mehrheitsfähige Lösungen zu erzielen?

Dort, wo Gemeinsamkeiten vorhanden sind, sind Lösungen schnell gefunden, wenn auf gleicher Augenhöhe diskutiert wird. Sonst gilt es hart, aber fair zu verhandeln. Diskussionen, Gespräche und verlässliche Absprachen sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Problemlösungen.

Trauen Sie sich zu, eine Strategie mitzuentwickeln, dass mittelfristig ein zweiter SVP-Bundesratsstz möglich wird?

Ja, wenn es mir gelingt die Fraktionskolleginnen und -kollegen richtig einzusetzen und deren Stärken zu nutzen, ist es mög-

lich. Vielleicht bin ich weniger Stratege als Macher und Organisator, aber das können wir als Team auffangen.

Wie würden Sie das Amt, das Ihnen sehr viel mediale Präsenz beschert und viel Zeit und Arbeit abverlangt, ausüben?

Mit bestem Wissen und Gewissen, mit grosser Motivation und Fokussierung auf diese Funktion, aber auch mit Freude und Sportgeist.

Wenn es nicht klappt?

Ich werde um dieses Amt kämpfen, aber es ist klar, dass nur einer von uns vier obsiegen wird. In der Politik muss man auch verlieren können – und dann wird eine andere Tür offen stehen.

Interview: Lucia M. Eppmann



Jürg Stahl bewirbt sich um das SVP-Fraktionspräsidium. Bild: pd.

leserbrief

Gotzenwil oder «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder»

Geschätzte Leserinnen und Leser. Mögen Sie sich noch an das Kinderbuch von Jörg Müller aus dem Jahre 1973 mit dem Titel «Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder» erinnern? Damals hingen die Illustrationen des genannten Bilderbuches als unvorstellbare Horrorvision in den meisten Schulzimmern der Schweiz.

Heute, bald 40 Jahre später, sind genau diese Bilder erschreckende Wirklichkeit geworden. Auf sieben aufklappbaren Blättern hatte Jörg Müller damals die Verschandelung eines Dorfes mit vielen Grünflächen in eine grauvolle Betonwüste aufgezeichnet – und damit weggenommen, was leider auch heute in Winterthur Realität wird.

Unsere einst so wunderschöne Gartenstadt Winterthur wird auf Drängen des links-grünen Stadtrates und im Schlepptau der unkontrollierten Masseneinwanderung – hervorgerufen durch das unsägliche Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU – immer mehr zubetoniert und zersiedelt. Als aktuelles Beispiel für diesen anscheinend unaufhaltsamen Irrsinn zeichnet sich das Ansinnen unseres Stadtrates ab, im beinahe unerschlossenen Gebiet «Gotzenwil» und fernab jeglicher Infrastrukturen eine urbane Grünfläche von 31 Hektaren überbauen und für bis zu 5000 Men-

schen ein neues Zuhause schaffen zu wollen.

Ich bin wahrhaftig kein Ewiggestriger oder gar ökologischer Weltverbesserer. Aber wenn ich mich jeden Tag in übervolle Züge und Busse zwängen oder von einem Verkehrsstau zu anderem fahren muss, ist meines Erachtens das Mass einfach übervoll. Warum unser Stadtrat, welcher ansonsten nie eine Gelegenheit auslässt, sich in ein grünes Mäntelchen zu hüllen, diesen negativen Entwicklungen noch vorsätzlich Vorschub leistet, verstehe ich wirklich nicht. Es ist doch absurd, im wunderschönen Naherholungsgebiet Gotzenwil eine neue Siedlung enormen Ausmasses aus dem Boden zu stampfen, nur damit wiederum neue Verkehrswege, Buslinien, Schulhäuser etc. auf Kosten unserer knapp werdenden Kulturflächen erstellt werden müssen.

Dieser Wachstums-Gigantismus läuft weiten Kreisen der Seemer Bevölkerung und mir einfach zuwider. Es muss doch unser eindringliches Bestreben sein, auch für unsere zukünftigen Generationen fernab dem Stadtzentrum noch intakte Kultur- und Landwirtschaftszonen erhalten zu können. Als aktiver Kantonsrat werde ich deshalb alles unternehmen, damit Gotzenwil so bleibt wie es ist, nämlich wunderschön und unverbaut.

René Isler, Kantonsrat, SVP

Ja zum neuen Bürgerrechtsgesetz

Am 11. März wird über das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz abgestimmt. Eine Mehrheit des Kantonsrats hat den Entwurf des Regierungsrates in wesentlichen Punkten abgeändert und

moderat verschärft. Damit würde die verfassungsrechtliche Vorgabe, eine abschliessende Regelung der Einbürgerungsvoraussetzungen auf Gesetzesstufe zu erlassen, umgesetzt. *red.*

tribüne:fdp-kantonsrat dieter kläy



Das neue Gesetz nimmt eine klare Kompetenzverteilung zwischen Kanton und Gemeinden bei der Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen (Wohnsitzerfordernisse, Sprachkenntnisse, Integration, wirtschaftliche Erhaltungsfähigkeit, Beachtung der Rechtsordnung) vor. Die 171 Zürcher Gemeinden sollen künftig nach einheitlichen Kriterien einbürgern. Die kantonal einheitlich vorgegebenen Wohnsitzerfordernisse von mindestens drei Jahren in der Gemeinde, die heute von 119 Gemeinden unterschritten werden, sollen nach dem Willen des Kantonsrats auch für junge Ausländer/-innen gelten, womit die heutige Praxis von zwei Jahren Wohnsitzdauer im Kanton für diese Personenkategorie verschärft wird. Ausserdem sollen gesuchstellende Personen zwingend im Besitz der Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) sein. Nach einem Wohnsitzwechsel muss ein neues Einbürgerungsgesuch unter Einhaltung der Wohnsitzfrist ge-

stellt werden. Die Anforderungen an die Sprach- und Staatskundekenntnisse werden in einer regierungsrätlichen Verordnung geregelt.

Bei Ausländern/-innen bis zum 25. Altersjahr und mit fünf Jahren Unterricht auf Volksschul- oder Sekundarschulstufe II in deutscher Sprache ist keine Integrationsvermutung gegeben. Dies bedeutet, dass die Integration bei dieser Personenkategorie nicht wie heute nur im Zweifelsfall, sondern wie bei Erwachsenen in jedem Fall individuell geprüft werden muss. Im Weiteren beinhaltet die Vorlage, dass Leistungen der Sozialversicherungen mit Ausnahme des Bezugs von Arbeitslosengeldern als Voraussetzung zur wirtschaftlichen Erhaltungsfähigkeit anerkannt werden.

Sind alle Anforderungen erfüllt, besteht neu ein Anspruch auf Einbürgerung. Die Ablehnung eines Gesuchs ist nur statthaft, wenn begründete Zweifel an der Erfüllung der gesetzlich vorgegebenen Einbürgerungsvoraussetzungen vorgebracht werden können.

Obwohl der Kantonsrat den Vorschlag des Regierungsrates verschärft hat, wurde ein Gegenvorschlag lanciert, der weit übers Ziel hinausschiesst und bei

Annahme vor Bundesgericht angefochten werden könnte. Im Gegenvorschlag sollen nur Personen eingebürgert werden dürfen, die nicht wegen eines Verbrechens verurteilt worden sind. Massgebend soll nicht der Strafregisterauszug für Privatpersonen sein, sondern das Strafregister. In diesem bleiben bedingte Strafen wenigstens zehn Jahre lang enthalten, während solche im Auszug für Privatpersonen früher gelöscht werden. Ein Anspruch auf Einbürgerung wird verneint, auch wenn alle formalen Voraussetzungen erfüllt sind. Der Einbürgerungsentscheid soll in der Kompetenz der Gemeinden bleiben. Diese Regelung öffnet Tür und Tor für willkürliche Entscheide. Trotz Erfüllen aller Voraussetzungen könnte jemandem die Einbürgerung verwehrt werden, nur weil die Nase nicht gefällt. Das ist rechtsstaatlich nicht vertretbar. Das Bürgerrechtsgesetz, wie es vom Kantonsrat vorgeschlagen wird, ist ausgereift und trägt den heutigen Bedürfnissen Rechnung. Es verdient ein Ja an der Urne. Der Gegenvorschlag wird zur Ablehnung empfohlen.

Dieter Kläy, Winterthur, ist FDP-Kantonsrat